

Geschäftsführung:  
Fachbereich 4 Planen und Bauen

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der  
Stadt Lüdenscheid**

**am 04.03.2020**

**im Ratssaal**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz:**

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

#### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Güner Cebir	SPD	Vertreter für Ratsherrn Gordan Dudas
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Britta Kurzmann	CDU	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsherr René Pickard	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Herr Horst Eick	SPD	
Herr Richard Oettinghaus Lüdenscheid	Alternative für	
Herr Dominik Petereit	FDP	

#### **Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Thomas Funk	Fraktionslos	
Herr Klaus-Peter Mattke	Fraktionslos	Vertreter für Herrn Martin Kornau

#### **Verwaltung:**

Herr Martin Bärwolf  
Herr Andreas Beckmann  
Herr Holger Moeser  
Herr Dieter Rotter  
Frau Dr. Irina Vellay  
Frau Martina von Schaewen

Herr Martin Walter  
Herr Hartmut Fellenberg  
Frau Vanessa Kühl  
Herr Christian Miß  
Frau Ute Schneickert  
Herr Jörg Weber  
Frau Andrea Wunderlich

**Schriftführung:**

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	Linke Liste
Lüdenscheid	

**Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
--------------------	--------------

**Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Frau Kalliopi Georgiadou	Internationale
Liste der SPD	

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

**1. Öffentliche Fragestunde**

---

**Entfällt**

**2. Änderung des Kommunalabgabengesetzes  
Vorlage: 019/2020**

---

Herr Rotter ergänzt, dass die Verwaltung noch vor den Sommerferien eine entsprechende Vorlage zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen werde.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ergänzung.

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

### **3. Benennung einer Gasse zwischen Kirchplatz 21 und 23 in "Winkelgasse" Vorlage: 023/2020**

---

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die bisher nicht benannte Gasse zwischen den Gebäuden Kirchplatz 21 und 23 wird „Winkelgasse“ genannt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

### **4. Überarbeitung der Sondernutzungssatzung Vorlage: 159/2019**

---

Herr Rotter führt aus, dass die Beschlussvorlage bereits Ende des Jahre 2019 erstellt worden sei. Frau Stillger habe diese in ihrer Ausbildungszeit beim Fachdienst Bauservice eigenständig erstellt. Dafür sei ihr Anerkennung auszusprechen.

Vorsitzender Holzrichter lobt die Ausführungen, die mit gesundem Menschenverstand und gut verständlich erstellt worden seien. Er spricht seinen Dank dafür sowohl an Frau Stillger als auch an Herrn Rotter aus.

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Sondernutzungssatzung der Stadt Lüdenscheid wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

### **5. Antrag der CDU-Ratsfraktion zur Änderung der "Satzung über die Ablösung von Stellplätzen" vom 02.03.2020**

---

Ratsfrau Hertes beantragt, den Antrag der CDU-Fraktion zurück zur Beratung in die Fraktionen zu geben.

Ratsherr Bodenheimer merkt an, dass der Antrag der CDU-Fraktion s. E. im Widerspruch zu dem vor einiger Zeit für die Stadt Lüdenscheid verabschiedeten Klimaschutzkonzept stehe.

Auf Nachfrage von Herrn Bärwolf antwortet Ratsherr Meyer, dass ihm im Detail nicht bekannt sei, welche der im Antrag genannten Investitionsvorhaben in der Innenstadt beinahe gescheitert seien. Er sagt zu, diese Auskunft nachzureichen.

Herr Bärwolf führt aus, dass es keinesfalls so sei, dass nur die Wahl zwischen der Errichtung von Stellplätzen und der Ablösezahlung von 12.000,00 € je erforderlichem Stellplatz bestehe. Vielmehr stehe seitens der Verwaltung bereits seit geraumer Zeit das Angebot, im Einzelfall Gespräche zu führen, um Lösungen zu finden. Ihm seien derzeit zwei Investitionsvorhaben bekannt, bei denen Gespräche geführt worden seien, die letztlich auch zu beiderseits akzeptierten Lösungen über entsprechende Baulasten geführt hätten. Die Stellplatzsatzung der Stadt Iserlohn sei der Verwaltung bekannt. Allerdings sei es nicht möglich, die dortigen Regelungen 1:1 für die Stadt Lüdenscheid zu übernehmen, da unterschiedliche Voraussetzungen bestünden. Die Stellplatzsatzung für die Stadt Lüdenscheid werde in absehbarer Zeit überarbeitet. Kurzfristig sei dieses aufgrund der bekannten personellen Situation nicht leistbar. Bei auftretenden Problemen werde derzeit das Gespräch gesucht, um Lösungen zu finden.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Anmerkungen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag der Ratsfrau Hertes, den Antrag zu vertagen, einstimmig zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18  
Nein-Stimmen: ./.  
Enthaltungen: ./.

## **6. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte**

---

### **6.1. Beispielfall zu Genehmigungsmethoden bei Großraum- und Schwertransporten**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Rotter um Vortrag.

Herr Rotter erinnert zunächst an den Vortrag von Herrn Miß zu den Groß- und Schwertransporten aus dem letzten Jahr. Herr Miß habe darin erläutert, dass bei Beantragung einer Genehmigung für Groß- und Schwertransporte ab einer Länge von 250 km nachzuweisen sei, dass ein Transport weder über den Wasser- noch über den Schienenweg möglich sei. Er wies seinerzeit bereits darauf hin, dass diese Nachweise nicht immer vorgelegt würden. Die Stadt Lüdenscheid sei bei diesen Verfahren keine Genehmigungsbehörde, sondern werde hier lediglich zur Stellungnahme aufgefordert. Herr Rotter führt aus, dass ein Beispielfall vorliege, bei dem deutlich werde, wie manche Antragsteller mit den Erfordernissen für eine Genehmigung umgingen. Im vorliegenden Fall sei zunächst ein Antrag für eine Transportstrecke von 877 km Länge gestellt worden. Ein Nachweis, dass Wasser- und Schienenweg nicht genutzt werden könnten, habe gefehlt. Da dieser Nachweis eine zu erfüllende Voraussetzung für eine Genehmigung sei, habe die Stadt Lüdenscheid den Transport in ihrer Stellungnahme an die Aufsichtsbehörde abgelehnt. Daraufhin habe der Antragsteller einen geänderten Antrag eingereicht, der dann lediglich über eine Gesamtstrecke von 102 km erfolgen sollte. Dieser sei dann von der Stadt Lüdenscheid genehmigt worden, da für diese Strecke keine weiteren Nachweise erforderlich seien. Nach der Zustimmung durch die Stadt Lüdenscheid sei der Antrag durch den Antragsteller zurückgezogen worden. Stattdessen habe er den ursprünglichen Antrag, der über eine Länge von 877 km geplant gewesen sei, wieder aufleben lassen und darin vermerkt, dass die Stadt Lüdenscheid ihre Genehmigung hierzu ausgesprochen habe. Hier sei nicht mehr erkennbar gewesen, dass die Genehmigung der Stadt Lüdenscheid lediglich für eine einzelne Strecke von 102 km erfolgt sei. Herr Rotter betont, dass die Stadt Lüdenscheid hierzu die Aufsichtsbehörde entsprechend informiert habe, jedoch von dort nichts unternommen worden sei.

Herr Bärwolf ergänzt, dass bei einem Transportweg von 877 km Länge die Prüfung, ob der Transport über den Wasser- oder Schienenweg möglich sei, insbesondere aus Klimaschutzgründen wichtig sei. Dass die Aufsichtsbehörde trotz entsprechender Hinweise hier nichts unternehme, sei sehr unverständlich. Wenn der erforderliche Nachweis, dass Wasser- und Schienenweg nicht möglich seien vorliege, werde die Stadt Lüdenscheid selbstverständlich den beantragten Transportweg genehmigen.

Ratsherr Bodenheimer regt an, die Verwaltung in ihrer Haltung bezüglich der Einhaltung von Recht und Gesetz zu unterstützen. Gegebenenfalls könne bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 09.03.2020 hierzu ein Antrag eingebracht und beschlossen werden.

Vorsitzender Holzrichter betont, dass sich die Verwaltung dieser Unterstützung seitens der Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses bereits jetzt sicher sein könne.

Abschließend stellt Herr Rotter anhand eines Kartenauszugs dar, dass im Beispielfall ein Transport über den Wasserweg durchaus möglich sei und dann lediglich zwei kleine Teilstücke über die Straße erfolgen müssten.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Rotter für die Ausführungen und bittet darum, den Umgang mit diesen Anträgen weiterhin so zu handhaben wie bisher.

## 6.2. Straßenbaustellen 2019/2020

---

Herr Rotter führt aus, dass die seit geraumer Zeit vorhanden Situation bezüglich der Baustellen in Lüdenscheid auch für die Verwaltung sehr unbefriedigend sei. Die aus der Bevölkerung eingehenden Beschwerden würden zunehmend ungeduldiger und unsachlicher. Die zu erlassenden verkehrsrechtlichen und Verkehrszeichenanordnungen seien zwingend erforderlich und dienten in besonderem Maß dem Schutz der Arbeiter in den Baustellen und sämtlichen Verkehrsteilnehmern. Insbesondere aufgrund der großen Anzahl hätten die Anordnungen selbstverständlich Auswirkungen auf den Verkehrsfluss. Der Fachdienst Bauservice sei darauf bedacht, die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. Wöchentlich gingen ca. 20 – 30 Anträge für verkehrsrechtliche Anordnungen beim Fachdienst Bauservice ein, die für die Einrichtung von Baustellen erforderlich seien. Als einzige Sachbearbeiterin für diese Anträge sei Frau Schneickert zuständig. Frau Schneickert müsse zusätzlich eine Koordination gleichzeitig vorhandener Baustellen vornehmen, um die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten.

Frau Schneickert erläutert die Situation der Baustellen, die im Anschluss an die Sperrung des Rathaustunnels mit seinen Beeinträchtigungen zusätzlich angefallen sind. Sie führt aus, dass durch die Sperrung der einen Tunnelröhre eine Einbahnstraßenregelung in der Weststraße erforderlich geworden sei. Die Einrichtung von mobilen Lichtsignalanlagen in der Knapper-, Lessing- und Parkstraße seien hierzu notwendig geworden. In 2019 sei weiter mit dem Neubau der Lichtsignalanlagen ohne Koordinationstrassen im Stadtgebiet begonnen worden. Hinzu sei der Straßenausbau der Straße „Zum Weißen Pferd“ gekommen, der eine Vollsperrung der Brücke „Zum Weißen Pferd“ auslöste. Der Neubau des Pergamon-Zentrums in der Bahnhofsallee erforderte eine einseitige Sperrung der Fahrbahn, so dass hier eine Einbahnstraßenregelung getroffen werden musste. Dann seien taktile Beläge in Altenaer Straße und Lennestraße im Bereich der beampelten Fußgängerüberwege eingebaut worden. Die Knapper Straße sei asphaltiert worden. In der Lessing-/Ecke Friedrichstraße habe es Beeinträchtigungen gegeben, da ein Gerüst habe aufgestellt werden müssen. Weiteren Koordinationsbedarf habe es durch die Errichtung der Koordinationstrassen der Lichtsignalanlagen sowie durch den Umbau von Bushaltestellen in barrierearme Bushaltestellen gegeben. Eine Reihe dieser in 2019 eingerichteten Baustellen seien derzeit noch nicht fertiggestellt. Darüber hinaus seien bereits jetzt zahlreiche geplante Baustellen bekannt, zu denen erfahrungsgemäß noch weitere kämen. Beispielsweise sei bereits jetzt bekannt, dass der Breitbandausbau im Märkischen Kreis in den nächsten 4 Jahren mit der Verlegung von über 1.000 km Glasfaserkabel erfolgen werde. Das bedeute für das Stadtgebiet Lüdenscheids ebenfalls eine Vielzahl weiterer Baustelleneinrichtungen. Frau Schneickert führt weiter aus, dass bei ihr bis zum 26.02.2020 bereits 151 Anträge auf verkehrsrechtliche Anordnungen eingegangen seien, von denen sie 128 Anträge habe bearbeiten können. Für das Jahr 2020 bedeute dieses bei einem durchschnittlichen Antragseingang von 22 Stück pro Woche, dass mit einem Eingang von ca. 1144 Anträgen zu rechnen sei. Erfahrungsgemäß würden jedoch in den Monaten April bis Oktober die meisten Anträge eingehen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Frau Schneickert für die Ausführungen. Es sei sehr deutlich geworden, dass hier im Rahmen der Aufgabenerfüllung viel und sicher auch viel Kritik ausgehalten werden müsse. Er versichert ihr, dass die Ausschussmitglieder ihr den Rücken stärken. Abschließend bedankt er sich, dass sie ihre Aufgaben so mit Übersicht und Fleiß erfülle.

Herr Rotter ergänzt, dass nicht nur die Telekom Baustellen im Stadtgebiet eingerichtet habe und auch weiterhin noch einrichten werde. Die ENERVIE werde Baustellen im Bereich des Stromnetzes und der Stadtentwässerungsbetrieb (SEL-H) im Bereich des Kanalsystems einrichten. Der Umbau der Wilhelmstraße im Zuge des IHK Altstadt sei eine Großbaustelle, die weiterreichende Beeinträchtigungen nach sich ziehe. Darüber hinaus werde der Landesbe-

trieb Straßen.NRW nach Fertigstellung des Rathaustunnels die während der Bauphase eingerichteten Umleitungsstrecken sanieren. Weitere Beeinträchtigungen werde es auch aufgrund von Straßensanierungen durch die Stadt Lüdenscheid geben. Er bittet die Ausschussmitglieder daher um Verständnis, wenn es bei der Koordination so zahlreicher und unterschiedlicher Baustellen gelegentlich haken sollte.

## **7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **7.1. Bekanntgaben**

---

#### **Entfällt**

### **7.2. Beantwortung von Anfragen**

---

#### **7.2.1. Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Dudas zum Zustand der Straßen "Römerweg"**

---

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Beantwortung der Anfrage schriftlich vorliege und den Anwesenden vor der Sitzung ausgehändigt worden sei. Er bittet die Verwaltung, die Antwort als Anlage zur Niederschrift zu nehmen und vorab im **Rats- und Bürgerinformation** freizuschalten.

#### **7.2.2. Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Siewert zur Bereitstellung von Plakatflächen vom 22.01.2020**

---

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die Beantwortung der Anfrage schriftlich vorliege und den Anwesenden vor der Sitzung ausgehändigt worden sei. Er bittet die Verwaltung, die Antwort als Anlage zur Niederschrift zu nehmen und vorab im **Rats- und Bürgerinformation** freizuschalten.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mewes erläutert Herr Rotter, dass seit Vertragsabschluss mit der Firma „Mediateam Stadtservice GmbH“ im Jahr 2010 die Möglichkeit bestehe, mittels eines formlosen Antrages an den Fachdienst Bauservice die Erlaubnis zu erhalten, maximal 15 Plakate kostenlos an vorher abgestimmten Standorten im Bereich des Veranstaltungsortes anbringen zu dürfen. Diese maximal 15 Plakate werden dann außerhalb der vorhandenen Plakaträhmen aufgehängt. Die Stadt Lüdenscheid besitze 50 Rähmen, die ausschließlich für städtische Veranstaltungen genutzt würden.

Ratsfrau Mewes bedankt sich für die Erläuterung.

### **7.3. Anfragen**

---

#### **7.3.1. Anfrage der Ratsfrau Hertes zum Schreiben der Energiewendegruppe Märkischer Kreis an die Fraktionen im Rat der Stadt Lüdenscheid zum Thema "Mehr Zukunft für die Lüdenscheider Altstadt: Klimaschutz durch Öko-Heizung für die Lüdenscheider Innenstadt..."**

---

Ratsfrau Hertes führt aus, dass die Energiewendegruppe Märkischer Kreis alle Fraktionen des Rates der Stadt Lüdenscheid angeschrieben habe. Die SPD-Fraktion habe in ihrer Fraktionssitzung am 02.03.2020 hierüber gesprochen und diskutiert. Aus dieser Diskussion hätten sich nachstehende Fragen ergeben, um deren Beantwortung die Verwaltung gebeten werde:

1. Besteht hier die Möglichkeit, einen Anschluss- und Benutzungszwang rechtssicher durchzusetzen?
2. Welche Mindestanschlüsse sind erforderlich, um ein solches System wirtschaftlich zu betreiben?
3. Wer käme als Investor und Betreiber für ein solches Netz in Frage?
4. Welchen Sachstand gibt es zur im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt bereits diskutierten Machbarkeitsstudie?
5. Welche baulichen und planungsrechtlichen Voraussetzungen müssen für ein solches Bauprojekt gegeben sein (z.B. Abstandsvorgaben, logistische Voraussetzungen, Emissionen)?

Vorsitzender Holzrichter bittet um Beantwortung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt, da die Themen Umweltschutz und Klimaschutz in dessen Zuständigkeit lägen.

#### **7.3.2. Anfrage der Ratsfrau Skorupa zum Thema Zeitpunkt der Fortführung der Mauer- und Brückensanierung in der Straße "Am Brügger Bahnhof"**

---

Ratsfrau Skorupa führt aus, dass in der Stadtteilkonferenz in Brügge die Frage aufgeworfen worden sei, wann die Mauer- und Brückensanierung in der Straße „Am Brügger Bahnhof“ weitergeführt und fertiggestellt werde. Es fehle bei der Mauer noch ein Reststück und die Sanierung der Fußgängerbrücke sei bisher noch nicht begonnen worden.

Vorsitzender Holzrichter bittet um Beantwortung durch den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL).

#### **7.3.3. Anfrage des Ratsherrn Meyer zum Sachstand der Fußgängerbrücke über die Lösenbacher Landstraße im Bereich der Straßen "Im Winkel/Tannenkamp"**

---

Ratsherr Meyer fragt nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der noch immer nicht nutzbaren Fußgängerbrücke über die Lösenbacher Landstraße im Bereich „Im Winkel/Tannenkamp“.



Vorsitzender Holzrichter bittet den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) um Beantwortung.

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin